

Haushaltsrede zum Haushalt 2012 am 13.12.2011

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der wichtigste Grund, warum **Die Linke** im Frühjahr dieses Jahres der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit der Stadt Menden mit den Kommunalaufsichten zur Haushaltskonsolidierung zugestimmt hat, war die Tatsache, dass hier erstmals das Ziel vereinbart worden ist, Einvernehmen zwischen den Kommunalaufsichten und unserer Stadt über diejenigen Belastungen zu erzielen, die unsere Stadt aufgrund von Verletzungen des Konnexitätsprinzips zu tragen hat, dies auch gegenüber Dritten öffentlich zu dokumentieren und bei der Aufstellung des Haushaltes 2012 zu berücksichtigen.

Wir mussten dann leider feststellen, dass im Endbericht der Arbeitsgruppe eine konkrete Aussage zu dieser Zielsetzung fehlt und diese Aufgabe somit nicht erledigt wurde.

Schon deshalb müssen die Ergebnisse des Beratungskonzeptes von uns abgelehnt werden.

Wäre diese Fragestellung bearbeitet worden, so hätte der Bericht feststellen müssen, dass etwa zwei Drittel unserer Verschuldung auf Entscheidungen der Landes- und Bundesebene beruhen und somit nicht selbstverschuldet sind.

Vielmehr ist sie Folge von übertragenen Pflichtaufgaben ohne entsprechende Finanzierung sowie von Mindereinnahmen aufgrund von steuerpolitischen Bundes- und Landesentscheidungen.

Bund und Land sind es, die durch ihre Entscheidungen den Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel entziehen und ihnen immer neue Leistungen und Aufgaben übertragen, gleichzeitig aber die dafür notwendigen finanziellen Mittel verweigern.

Bei der Konsolidierung unseres Haushaltes sind also in erster Linie Bund und Land gefragt, mehr Geld für die gesetzlichen Leistungen, die die Kommunen erbringen, nach unten weiterzugeben und den verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung für unsere Stadt zu garantieren.

Stattdessen wird auf überörtlicher Ebene eine skandalöse Steuerpolitik für Reiche praktiziert, werden Banken und private Gläubiger gerettet.

Die Kommunen dagegen lässt man am ausgestreckten Arm verhungern!

Lediglich ein Drittel unserer kommunalen Schulden sind hier vor Ort entstanden.

Nur für diesen Teil, der durch frühere Ratsmehrheiten verursacht wurde, ist **DIE LINKE.** deshalb bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich an der Konsolidierung des Haushaltes zu beteiligen.

Aber anderswo in NRW sieht es auch nicht anders aus.

Von den 396 Gemeinden in NRW hatten Ende 2010 lediglich 8 einen ausgeglichenen Haushalt.

Die restlichen 388 Kommunen mussten Kredite aufnehmen, um ihre Pflichtaufgaben überhaupt noch erfüllen zu können.

Derzeit sind das ca. 22,5 Milliarden Euro und jedes Jahr kommen 2,5 Milliarden Euro neue Schulden hinzu.

Dagegen stehen lediglich 350 Millionen Euro, die das Land in den nächsten 10 Jahren den bilanziell überschuldeten Kommunen im sogenannten Stärkungspakt überweisen will.

Zu diesen 34 Kommunen gehört auch Menden.

Wir sollen in den nächsten 5 Jahren jeweils 3,2 Millionen Euro an Hilfen bekommen.

Diese Hilfen, die im Rahmen des sogenannten Stärkungspakts gewährt werden sollen, reichen aber bei weitem nicht aus und werden nur unter harten Bedingungen gewährt.

Die betroffenen Kommunen müssen wesentlich mehr soziale Ausgaben kürzen, als sie an Hilfe bekommen.

Zudem werden wir zur Teilnahme am Stärkungspakt per Gesetz gezwungen.

Diese Zwangsteilnahme am Kürzungspakt bedeutet dramatische Kürzungen bei Personal, die Schließung vieler, wenn nicht gar aller freiwilligen Leistungen, wie etwa Büchereien, Freibäder und Kultureinrichtungen, Erhöhungen von Steuern und Gebühren und die Veräußerung von kommunalen Vermögen.

Was sich da Stärkungspakt nennt, ist also nichts anderes als ein Abrissplan von lokaler Infrastruktur in den Kommunen, die unter Zwangsbewirtschaftung gestellt werden.

Zudem ist die Intention dieses Stärkungspaktes in erster Linie nicht die Entschuldung, sondern die Verhinderung der offenen Insolvenz einzelner Kommunen, für die das Land dann eintreten müsste.

DIE LINKE. akzeptiert dieses Folterinstrumentarium nicht.

Die Zwangsteilnahme unter Androhung von Sanktionen und Bürgerbeiträgen (auf Deutsch: Steuererhöhungen), verringert die Lebensqualität in unserer Stadt radikal, spart uns regelrecht kaputt und fordert weitere Kürzungsorgien in unserer ausgebluteten Stadt.

Bei einer Ablehnung der Zwangsteilnahme wird uns der Sparkommissar angedroht.

Dies wäre die Entmachtung des demokratisch legitimierten Rates.

Die kommunale Selbstverwaltung wäre endgültig abgeschafft.

Wir halten das auch verfassungsrechtlich für bedenklich.

DIE LINKE. engagiert sich dagegen für mehr kommunale Selbstverwaltung, für starkes kommunales Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Für **DIE LINKE.** sind die Kommunen nicht nur eine Verwaltungs-, sondern auch eine Gestaltungsebene.

Aber selbstverständlich ist kommunale Selbstverwaltung auf dem Papier nichts wert, wenn die Kommune finanziell nicht so ausgestattet ist, dass sie der Aufgabe nachkommen kann, einen lebenswerten öffentlichen Raum zu schaffen und die notwendigen öffentlichen Dienstleistungen bereitzustellen.

Die Zwangsteilnahme am Stärkungspaktgesetz führt dagegen in Wirklichkeit zur Schwächung unserer Stadt.

Mit diesem Gesetz entzaubern sich die rot- grüne Landesregierung und ihre liberalen Unterstützer selbst.

Der Anspruch, ein Freund der Kommunen zu sein, steht im Widerspruch zu den Kürzungsaufgaben und der Zwangsteilnahme, die im vorliegenden Gesetz verankert sind.

Der vorgelegte Haushalt sieht Einsparungen in Höhe von über 11 Millionen Euro bis zum Jahr 2022 vor.

Er enthält in vielen Positionen utopische Zielsetzungen, die zudem mit nicht nachvollziehbarem Datenmaterial untermauert sind.

Die Leitlinie eines zustimmungsfähigen Haushaltes muss aus unserer Sicht immer die Qualität von Dienstleistungen für unsere Bürgerschaft, der Erhalt der Infrastruktur für die Daseinsvorsorge, der Erhalt von Erwerbsarbeit und die soziale Balance sein.

Diese Leitlinien sind im vorgelegten Haushalt aber für uns nicht erkennbar.

Er beinhaltet oftmals wieder nur Kürzungen bei den sozial Schwachen in unserer Stadt.

Starke Schultern, die die finanziellen Möglichkeiten haben, sich am Gemeinwohl stärker zu beteiligen, bleiben weitgehend verschont.

Wir fordern, dass die Großverdiener in unserer Stadt stärker zur Kasse gebeten werden müssen und eine Erhöhung der Gewerbesteuer bei anziehender Konjunktur kein Tabu sein darf.

DIE LINKE. wird sich aber nicht grundsätzlich allen enthaltenen Sparmaßnahmen verweigern.

So können wir durchaus einzelnen Vorschlägen zustimmen, um die vor Ort selbst verursachten Schulden wieder auszugleichen.

So halten wir es durchaus für verantwortbar, die Zuwendungen an die WSG zurückzufahren oder sie sogar ganz aufzulösen und die Wirtschaftsförderung wieder in der Stadtverwaltung zu integrieren.

Zudem ist auch die Umstrukturierung des MBB und des ISM zu einem Dienstleistungsunternehmen zu begrüßen, da es Synergieeffekte generiert, die zu finanziellen Einsparungen führen werden.

Auch im Bereich der Feuerwehr sind Einsparungen möglich und werden von uns mitgetragen, sofern das in Auftrag gegebene Gutachten Überkapazitäten dokumentiert.

Die mit 1,5 Millionen Euro bezifferten Einsparvorschläge im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sind jedoch für uns vollkommen indiskutabel.

Die Reduzierung von Mitteln und die Schließung von Stadtteiltreffs für Jugendliche sind für uns ebenso unsozial wie die Aufgabe des Projekts Förderband oder die Streichung von Zuschüssen für die Förderung von Vereinen und Verbänden, die sich zum Ziel gesetzt haben, das Leben in unserer Stadt lebenswert zu erhalten und zu gestalten.

Nicht nachvollziehbar sind zum Beispiel auch die Streichung des Kindersommers und die Einsparungen bei Ferienfreizeiten.

Das Deckeln von Zuschüssen bei der Betreuung von Kindern in Tagespflege durch Tagespflegepersonen und die Erhöhung der Gebühren für Kinder in Tageseinrichtungen sind schlechthin unzumutbar.

Ebenso wird es von uns keine generelle Zustimmung zu Hallennutzungsgebühren geben.

Grundschulschließungen werden von uns nur dann befürwortet, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Kinder nicht mehr erreicht wird, da für unsere Stadt als ländlich geprägte Kommune die örtliche Bindung an die wohnortnahe Grundschule wichtig ist.

Die Mehrheit in diesem Rat ist der Meinung, dass das vorliegende Haushaltskonzept mit seinen rigorosen Einschnitten in das Leistungsangebot der Stadt für seine Bürgerinnen und Bürger die Gewähr dafür bietet, in Zukunft die Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Aus unserer Sicht ist diese Hoffnung unrealistisch und entbehrt jeder Grundlage.

Die Möglichkeiten, viele Haushaltsansätze noch energischer dem Konsolidierungserfordernis zu unterwerfen, sind weitgehend ausgereizt.

Noch größere Einschnitte würden die Lebensbedingungen unserer Bürgerinnen und Bürger unzumutbar verschlechtern.

Die Möglichkeiten, vertretbare Einnahmeverbesserungen zu generieren, sind gering.

Die Erwartung einer stabilen Konjunkturentwicklung mit steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Sozialkosten ist unter den gegebenen Umständen unrealistisch.

Die wirtschaftliche Lage wird eher noch zu steigenden Sozialausgaben führen.

Auch die Kreisumlage wird zukünftig tendenziell steigen.

Die Einsparungen werden schon bei geringen Zinserhöhungen aufgefressen und neutralisiert.

Schon jetzt ist absehbar, dass die im Konzept enthaltenden gewaltigen Einsparungen nicht ausreichend sein werden, ohne eine auskömmliche Hilfe von Bund und Land zukünftig verantwortbare Haushalte aufzustellen.

Deshalb gilt unsere Loyalität den Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und nicht einer verordneten Politik, die die Ungerechtigkeiten in der Vermögensverteilung zementiert und die Kommunen zugunsten reicher Finanz- und Wirtschaftseliten bezahlen lässt.

DIE LINKE. ist derzeit die einzige politische Kraft, die für eine Erhöhung der Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich, gegen die Kürzungspolitik und für echte Entschuldungshilfen ohne Auflagen und Zwangsmaßnahmen eintritt.

Nur durch eine radikale Veränderung und Umverteilung werden die Kommunen wieder handlungsfähig und eine Sanierung vor Ort möglich.

Für die Interessen aller Menschen, die in unserer Stadt mit uns arbeiten und leben, sieht **DIE LINKE.** deshalb ihre Aufgabe darin, den parlamentarischen Ungehorsam gegen dieses angeblich alternativlose Sparprogramm zu zeigen und damit auch ihre Aufgabe als soziales Korrektiv wahrzunehmen.

DIE LINKE. lehnt deshalb den vorgelegten Haushaltsentwurf ab.

Thomas Thiesmann, **DIE LINKE.**

